Dez. Wagner erklärte, zusätzlich zum ermittelten Bedarf habe man auch eine Schätzung der Kosten vorgenommen, die für den Betrieb zusätzlicher Gruppen aufgewendet werden müssten. Es handle sich um die reinen Betriebskosten, die Kosten für Investitionsmaßnahmen oder die technische Ausstattung seien in der Schätzung nicht enthalten. Als nächster Schritt werde jetzt das Gespräch mit den Schulleitungen gesucht, um gemeinsam zu überlegen, was im aktuellen Gebäudebestand realisiert werden könne. Dies werde allerdings schwierig, da es, auch mit dem Hinweis auf die steigenden Schülerzahlen, kaum noch freie Raumkapazitäten an den Förderschulen gäbe.

Ltd. KVD Clasen ergänzte, es gebe aus zwei Schulen Signale, dass die Möglichkeit bestehe, in der Übermittagsbetreuung jeweils eine zusätzliche Gruppe einzurichten, ohne dass Baumaßnahmen erforderlich würden.

Auf die Frage der Abg. Streng nach der Höhe des Elternbeitrages pro Kind antworte KARin Wolff, dass es nach der geltenden „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an der ‚Offenen Ganztagschule‘ und der Übermittagsbetreuung der Förderschulen für emotionale und soziale Entwicklung und der Förderschulen für Sprache des Rhein-Sieg-Kreises“ eine einkommensabhängige Staffelung der Elternbeiträge gebe. Dies reiche von Eltern, die beitragsfrei gestellt würden, weil sie im Sinne der Satzung als „sozial schwach“ einzustufen seien, bis hin zum Beitrag von 175 Euro pro Monat. An den Förderschulen für emotionale und soziale Entwicklung sei die Situation so, dass ein großer Teil der Eltern keinen Elternbeitrag zu zahlen habe, viele Beiträge lägen in einem Bereich zwischen 25 und 50 Euro. An den Förderschulen für Sprache, wo die Ganztagsbetreuung gerade für berufstätige Eltern eingerichtet worden sei, könnten erfahrungsgemäß höhere Einnahmen durch die Elternbeiträge erzielt werden. Eine komplette Gegenfinanzierung der tatsächlichen Kosten sei insgesamt allerdings nicht zu erwarten.

Abg. Dr. Griese unterstrich, dass die Verwaltung die ihr gestellten Aufträge abgearbeitet habe. Als Ergebnis lägen nun konkrete Zahlen vor, was in den nächsten Jahren zu erwarten sei. Die in der Vorlage geschätzten Personal- und Sachkosten seien nun in die Haushaltsberatungen einzubringen, um die nächsten Schritte durch Politik und Verwaltung einzuleiten.

Abg. Deussen-Dopstadt dankte der Verwaltung für die umfassende und systematische Darstellung und bat darum, die Umsetzung der Maßnahmen kontinuierlich fortzuführen, um zeitnah im Sinne der Eltern, der Kinder und auch der Schulen zu Lösungen zu kommen.

Abg. Becker zeigte sich erfreut angesichts der Tatsache, dass so viele Eltern an der Befragung teilgenommen hätten. Das verdeutliche, dass ein hoher Bedarf an umfassender Betreuung vorhanden sei. Es sei nun wichtig, auch die Kinder zu versorgen, die sich bisher auf der Warteliste befänden. Darüber hinaus rege sie an, Konzepte für eine Ferienbetreuung zu entwickeln, um vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die berufstätigen Eltern, die nicht zu allen Ferienzeiten Urlaub nehmen könnten, eine Entlastung zu erreichen.

Dez. Wagner entgegnete, eine Ferienbetreuung sei bisher an den Förderschulen nicht durchgeführt worden, da dies nach allgemeiner Auffassung keine unmittelbare Aufgabe des Schulträgers sei. Er sage zu, dies prüfen zu lassen.